



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 13. November 2017**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

18. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.06 Uhr.
Ende der Sitzung: 15.49 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 17. Sitzung des Gemeinderates vom 16.10.2017 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

Christian Fila	DI. Gunter Haydinger	Christiane Kroiß
Mag. Georg Parzmayr	Mark Paulusberger	Elke Ruetz
Egon Schatzmann	Ronald Schiefermayr	
Ingo Spindler	Olivera Stojanovic, BSc	Georg Taitl
Sandra Wohlschlager		

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner	Johann Reindl-Schwaighofer
-----------------	----------------------------

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat	Stefan Ganzert	Mag. Bernhard Humer
	Karl Schönberger	Laurien Scheinecker
Mag. Phil. Mato Simunovic	Barbara Wildfellner	Petra Wimmer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar	Stefan Haböck	Augustine Hacker
Sybille Prähofer	Markus Wiesinger	Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

MMag. Stefanie Rumersdorfer	Mag. Peter Sönsner	Mag. Walter Teubl
-----------------------------	--------------------	-------------------

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

StR. Margarete Josseck-Herd
GR. Ralph Schäfer
GR. Ernst Kirchmayr

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 31. 10. 2017 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Kompensation der Mehrausgaben durch das Pflegeregressverbot
Verf-015-I-8-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Der Dringlichkeitsantrag wird im Anschluss an die Tagesordnung behandelt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Mängel in der öffentlichen Beleuchtung
Verf-015-I-9-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Wiesinger: Wir werden diesem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkennen. Warum? Bei diesem Antrag wird der Beleuchtungsreferent aufgefordert, offensichtliche Mängel zu beheben. Wir alle legten vor nicht einmal zwei Jahren das Gelöbnis ab, nach bestem Wissen zu handeln. Wenn der Beleuchtungsreferent oder ein anderer Gemeinderat offenkundige Mängel erkennt, ist es doch selbstverständlich diese weiterzugeben. Ich weiß nicht warum solche Anträge im Gemeinderat beschlossen werden sollen und verwehre mich gegen diese Art von Anträgen. Vielleicht hängt es nun mit den Änderungen auf Bundesebene zusammen, dass gewissen Parteien jetzt glauben hier Partei- oder Oppositionspolitik machen zu müssen. Eines ist klar, wenn wir jetzt jeden

Referenten auffordern seine Sachen zu erledigen, dann wird das Ganze ins Lächerliche gezogen. Ich fordere ja auch nicht den Verkehrsreferenten auf, dafür zu sorgen, dass die Straßen gereinigt werden etc.

Bei allen Anträgen soll in Zukunft darauf geschaut werden, dass sie sinnvoll sind und nicht ins Lächerliche gezogen werden. Eines ist klar, der Beleuchtungsreferent tut für eine gute Beleuchtung in Wels wirklich alles. In den Tips wurde vor kurzem eine Initiative gestartet. In den Tips können sie nachlesen, dass die Rückmeldungen der Bevölkerung sehr stark sind und der Referent, sollten Mängel festgestellt werden, diese sofort beseitigen lässt.

GR. Ganzert: Es wird sehr oft darüber diskutiert, was dringlich ist und was nicht. Ich könnte jetzt auch sagen zum Dringlichkeitsantrag betreffend Pflegeregress, dieser hätte erst in den Gemeinderat vom 18.12.2017 kommen können, weil es noch gar keine Bundesregierung, kein Bundesbudget gibt. Viele Zahlen sind noch offen. Das sind sehr viele Dinge, wo ich mir denke, wenn wir schon hier zusammen kommen und uns die Zeit nehmen, dann können wir über wichtige Themen sprechen.

Warum unser Antrag dringlich ist, hat einen Grund. Der Herr Bürgermeister las die Begründung vor. Am 29.10.2017 war die Zeitumstellung; diese ist immer am letzten Sonntag im Oktober. Die Frist für Initiativanträge endete am 30.10.2017. Es häuften sich die Anfragen bei den Stadtsenatsmitgliedern aber auch bei mir aus der Bevölkerung, die das Thema Ausleuchtung der dunklen Ecken ganz konkret ansprachen. Vielleicht auch, weil sie sich ermutigt fühlten durch die Initiative des Stadtrates Lehner in den Tips. Sie sagten, wir melden uns zu diesem Thema und hätten gerne, dass etwas geschieht. Es ist deshalb dringlich, weil durch die Zeitverschiebung, durch den Wintereinbruch es immer dunkler und das Thema dadurch offenkundiger wird.

Bei offenkundigen Mängeln in der öffentlichen Beleuchtung darf man schon so kreativ sein und dies richtig auslegen. Wenn ich in eine Straße gehe und die dortigen Bewohner frage und alle einhellig sagen, ja es ist schlecht ausgeleuchtet, bei dem subjektiven Sicherheitsgefühl fühle ich mich unwohl und ich möchte beispielsweise als Frau nicht alleine nach Einbruch der Dunkelheit auf die Straße gehen, weil ich mir nicht sicher sein kann was mich erwartet in all dieser Dunkelheit, dann ist dies für mich aus der Sicht dieser Person sehr wohl offensichtlich. Ich weiß, heute sitzen im Publikum Damen und Herren, die ganz konkret Beschwerden zu diesem Thema an uns richten. StR. Lehner wird es wissen, das Büro von StR. Reindl-Schwaighofer hat erst kürzlich im Zuge von Hausbesuchen anlässlich des Nationalratswahlkampfes Anliegen betreffend Beleuchtung weitergegeben. Diese Anliegen haben sich in letzter Zeit sehr stark gehäuft.

Es gibt noch weitere Beispiele: Die Durchwegung vom Bahnhof zum Weg entlang des Mühlbaches. Gehen sie einmal am Abend, wenn sie vom Zug kommen, diese Strecke ab. Für gewisse Personen ist die Beleuchtung vielleicht ausreichend. Es gibt aber sehr viele Personen, die sich an uns wenden und sagen, dass es hier nicht ausreichend ausgeleuchtet ist. Es gibt sozusagen Sicherheitsbedenken.

Denken sie an den Bereich nördlich des Bahnhofes, an die Durchwegung vom Stadtplatz, wenn sie nach der Arbeit zum Parkplatz auf das Messegelände gehen.

Bgm. Dr. Rabl: Zur Dringlichkeit, lieber Stefan!

GR. Ganzert: Das sind alles Gründe, warum wir sagen ja, wir greifen diese zahlreichen Anfragen auf, machen daraus einen Dringlichkeitseintrag, bringen ihn in den heutigen Gemeinderat und unterstützen vielleicht somit den zuständigen Referenten, dass es ein Budget gibt, dass es ein Bekenntnis der Stadt Wels, dass es Gemeinderäte gibt, die solche Dinge auch beschließen.

Wenn ich dem Kollegen Wiesinger zuhöre, finde ich das sehr witzig. Sollte es ein so lapidarer Antrag sein, könnte man diesem ja ohne Bedenken zustimmen. Vielmehr finde ich den Vergleich mit dem Verkehrsreferenten sehr witzig.

3 D-Zebrastreifen, Schilderwald, die verschiedensten Verkehrsdiskussionen, wo ich alle zwei bis drei Wochen in den Medien, wie Tips, Rundschau ...

Bgm. Dr. Rabl: Es erfolgt der erste „Ruf zur Sache“. Es geht um die Dringlichkeit und nicht um den Sachantrag selbst, Stefan. Ich verstehe, dass du das vortragen möchtest, es geht aber vorerst um die Dringlichkeit.

GR. Ganzert: Ich schließe ab mit dem dargestellten Vergleich. Von unserer Seite gibt es zur Dringlichkeit heute diesen Antrag und ich hoffe trotzdem, obwohl die ÖVP-Fraktion dagegen stimmt, dass die FPÖ-Fraktion vernünftig genug ist, hier im Sinne der Bürger zu handeln.

StR. Lehner: Ich versuche klar bei der Dringlichkeit zu bleiben. Den Antrag mit der Zeitumstellung und dem Wintereinbruch zu begründen ist meiner nach nicht zielführend. Die Zeitumstellung findet jedes Jahr statt, d.h. es ist gut planbar. Daher ist absolut keine Dringlichkeit gegeben. Ich sehe die Initiative der SPÖ-Fraktion schon als positiv, als Unterstützung meiner Arbeit, da es hier viel zu tun gibt.

Zu meiner Initiative in den Tips – danke für die Kooperation, damit auch wirklich diese Themen auf den Tisch kommen. Wenn es um meine Budgetzuteilung geht, bin ich auch froh, dass die SPÖ-Fraktion diese dann unterstützen wird.

Bgm. Dr. Rabl: Diese Wortmeldung wurde der ÖVP-Fraktion zusätzlich eingeräumt. Eigentlich geht dies nach der Geschäftsordnung des Gemeinderates nicht – danke in diesem Zusammenhang für die Aufklärung an StR. Reindl-Schwaighofer.

Die Dringlichkeit wird mit

gegen 9 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
24 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
1 Stimmenthaltung (NEOS)

nicht zuerkannt.

1.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Baumschutzrichtlinie für die Stadt Wels
Verf-015-I-7-2017

GR. MMag. Rumersdorfer: Das Grün ist vergleichbar mit einem Einkommen von 10.000 Dollar oder mit einer Verjüngung um sieben Jahre – das stellte ein amerikanisches Forschungsteam fest. Sie verglichen die Baumverteilung in der Stadt Chicago mit den Gesundheitsdaten der Bevölkerung. Bereits 1984 stellte ein Architekturprofessor in Texas fest, dass Patienten, die im Krankenzimmer aufs Grüne blicken schneller genesen waren, als jene, die eine Ziegelmauer vor sich hatten. Zahlreiche Studien belegen diese Effekte.

Aufgrund dieser über dreißig Jahre alten Studie versuchte man in Chicago folgendes: Man pflanzte in einem Wohnblock nur 10 neue Bäume und stellte eine signifikante Steigerung des Wohlbefindens fest. Die dort lebenden Menschen hatten ein besseres gesundheitliches Gefühl, eben vergleichbar mit einer Steigerung des Jahreseinkommens um 10.000 Dollar oder mit dem Umzug in eine Wohngegend mit einem 10.000 Dollar höheren Durchschnittseinkommen. In der Studie heißt es weiter: Bäume machen uns aber nicht nur quasi materiell reicher, sie machen uns auch jünger. Wenn wir uns zwei Erwachsene mit einem gleichen Einkommen, derselben Ernährung, Bildung aber mit einem Altersunterschied von 7 Jahren anschauen, würde man erwarten, dass die jüngere Person von beiden sich im Schnitt gesünder fühlt. Wenn aber die sieben Jahre ältere Person 10 Bäume mehr in ihrem Wohnblock hat, hat sie gefühlte gleiche Gesundheit. Bäume reinigen die Luft, sie regen zu Spaziergängen an und sie haben auch eine ästhetische Qualität. Das alles wirkt sich auf die Gesundheit positiv aus. Doch nicht nur diese positiven Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden stehen für mehr Bäume in der Stadt bzw. für einen verbindlichen Baumschutz, den ich hier mit meinem Antrag fordere.

Selbstredend und als zusätzlichen Aspekt helfen Bäume heiße Städte im Sommer zu kühlen, die im Zuge des Klimawandels, den mittlerweile hoffentlich niemand mehr leugnet, immer mehr werden. Lt. einer Prognose der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik wird es bis 2021 – bereits in vier Jahren – im Schnitt 19 Hitzetage pro Jahr geben, also Tage mit mehr als 30 Grad Celsius. 2071 – also in 50 Jahren – werden es schon 41 Tage sein. Zur Jahrtausendwende – vor mehr als 15 Jahren – waren es nur 10 Tage. Die Folge sind aufgeheizte Straßen, Häuser, Tropennächte und mehr Rettungseinsätze, da die Hitze immer mehr Menschen zu schaffen macht. Bäume schaffen es, die Umgebung bis zu 2 Grad Celsius zu kühlen, den Asphalt darunter sogar um mehr. Um bis zu 15 Grad geringer ist die Oberflächentemperatur unter Baumkronen als auf sonnenexponierten Stellen. Das ergaben auch mittlerweile einige Studien. Selbstredend gilt: Je größer der Baum, desto größer der Kühlungseffekt. Also ist es unumgänglich große Bäume – natürlich sofern sie gesund sind – zu erhalten. Außerdem tragen sie zum Bodenschutz bei und ich möchte daran erinnern, dass die Stadt Wels seit 2007, also seit 10 Jahren Mitglied des Bodenbündnisses Oberösterreich ist und somit

eine Verpflichtung hat den Boden nicht zu versiegeln, z.B. wie die massive Bodenversiegelung auf dem Messegelände, sondern ihn zu schützen und sorgsam mit ihm umzugehen.

An dieser Stelle möchte ich vor allem kritisch anmerken, dass seit dem Beitritt 2007 jährlich ein Workshop in Schulen zum Thema „Wir begreifen Böden“ angeboten wurde. 2014 war dies der letzte, also diesen Workshop gab es sieben Jahre. Die Präferenzen sind hier leider klar ersichtlich.

Seit 1992 sind wir eine Klimabündnisgemeinde, also bereits 25 Jahre. Ich wiederhole daher, wir sind mit diesen Mitgliedschaften zum Klima- und Bodenschutz verpflichtet, wir tragen mit diesen Mitgliedschaften Verantwortung für uns und unsere Umwelt.

Ja, Bäume kosten Geld! Aber ja, wir brauchen sie! Wir brauchen sie für unsere Gesundheit, für unser Wohlbefinden, aber auch zum Schutz vor immer heißer werdenden Städten. Diese vielen positiven Aspekte sollte ich eigentlich nicht aufzählen müssen, sagen doch seit Jahren Experten genau das. Leider finden diese Überlegungen im Budget keinen Platz. Es gibt viel zu wenig Geld um die Stadt grüner zu machen oder große Bäume zu erhalten.

In der Stadtgärtnerei liegt ein fertiges Konzept zur „Baumstadt Wels“. An dieser Stelle möchte ich mich beim Stadtgärtner DI. Haslmayr recht herzlich für die Arbeit bedanken in Zeiten wie diesen, wo das Budget für Umwelt und Baumschutz quasi kaum existent ist, ein derartiges Konzept zu erarbeiten und weiter für grünere Städte zu sein.

Also zeigen wir doch gemeinsam auf, dass uns eine lebens- und liebenswerte Stadt, aus der man nicht gerne weg- sondern eher gerne hinzieht, weil sie u.a. schöne Grünräume bietet, wichtig ist. Daher fordere ich den Gemeinderat auf, sich trotz eines straffen Budgets für den Baumschutz einzusetzen.

In der vergangenen Legislaturperiode gab es bereits positive Vorgespräche zwischen meiner Kollegin DI Renate Leitinger und der damaligen Umweltreferentin Christa Raggl-Mühlberger. Ich habe diese Gedanken aufgenommen, weitergeführt und bereits mit der jetzigen Umweltreferentin Silvia Huber erste positive Gespräche geführt.

Vor dem Hintergrund dieser Gespräche steht einer Zustimmung zu diesem Antrag eigentlich nichts mehr im Wege, weil so viele Parteien bereits daran arbeiteten und eigentlich dafür sein müssten. Gehen wir gemeinsam diesen Weg, machen wir einen Schulterchluss für den Baumschutz, für die Bewohner unserer Stadt und somit auch für uns selbst. Bitte um Zustimmung. Vielen Dank.

Vzbgm. Huber: Stadtbäume sind wichtige grüne Infrastruktur lebenswerter Städte. Ich kann dir nur Recht geben. Als Umweltreferentin aber auch im Namen der SPÖ-Fraktion darf ich dir liebe Gemeinderätin Stefanie Rumersdorfer versichern, dass wir den Antrag unterstützen werden.

Die Baumschutzrichtlinien wurden bereits von meiner Vorgängerin und mit der GRÜNEN-Gemeinderätin DI Leitinger besprochen. Dieses Papier brachtest du mir vor kurzem und ich sicherte dir zu, dass im Masterplan Stadtbäume - Baumstadt Wels 2020 das Konzept, welches bereits vorliegt, miteingearbeitet wird. Eine Projektbeschreibung, wie wir den

Masterplan Stadtbäume aufsetzen, liegt vor und in den Budgetverhandlungen hat mir Bgm. Dr. Rabl die präliminierten Mittel zugesagt. Ich hoffe, dass für ein gemeinsames Projekt mit der Innenstadtreferentin diese die entsprechenden Mittel auch bedeckt bekommen wird.

Bäume ganz allgemein und Baumschutz im Besonderen sind in den letzten Jahren immer mehr in den Fokus der Bürger und der Entscheidungsträger der Stadt Wels gerückt. Erinnern darf ich an den Initiativantrag vom 13.4.2016 – Nachpflanzung von Bäumen in den Alleen. Aufgrund dessen wurden Bäume in der Wallerer Straße gepflanzt.

Das Projekt Masterplan Baumstadt Wels ist bereits weit fortgeschritten. Wir werden deine Aspekte einarbeiten, Stadtbaum Wels, umfassende Betrachtung des Themenfeldes Stadtbäume, mit einer Dokumentation von Grundsätzen zum Umgang mit Stadtbäumen, Handwerk-Stadtbaum, stadtgärtnerisches Handbuch als Grundlage für Baumkontrolle und Baumpflege, Baumschutz Wels, interne und externe Broschüre Baumschutz auf Welser Baustellen, Stadtbaum-Kommunikation, verbesserte Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu Stadtbäumen und schließlich Stadtbaumklima. Der Masterplan soll die inhaltliche und strukturelle Grundlage für die Gewährung von EU-Fördermittel im Rahmen der Klimaanpassung der Städte schaffen.

Wir sind in unseren Vorstellungen bereits sehr weit. Ich kann dir versichern, dass wir diesen Antrag miteinarbeiten werden. Es wird einen gemeinsamen Ausschuss der Innenstadtreferentin und mir geben.

GR. Paulusberger: Bäume sind lebenswichtig. Wir Freiheitlichen sind Umweltschützer der ersten Stunde, denn für uns ist es Heimatschutz. Wir stehen diesem Antrag grundsätzlich positiv gegenüber, da viele Punkte bereits vor Jahren von unserer Vizebürgermeisterin Raggl-Mühlberger bedacht und in unser aller Bewusstsein gebracht wurden. Es fehlen aber dennoch noch einige Aspekte und Prüfungen der Fachabteilungen für einen gemeinsamen Beschluss.

Eingehen möchte ich auf die Feinstaubbelastung. Diese wurde in den letzten fünf Jahren nie überschritten. Gesetzlich ist eine Überschreitung von 15 Tagen möglich, Wels kam nie über 10 Tage. Das ist sehr positiv und soll weiterhin so bleiben.

Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Umweltausschuss zuzuweisen, um eine ordentliche Beschlussfähigkeit der Richtlinien zu gewährleisten.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Paulusberger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 3) in den Umweltausschuss wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ und ÖVP-Fraktion)
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion und NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über
die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015
(Änderung Nr. 38) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes
Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 10)
BZ-BauR-5006-2017

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorbesprechung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs-
und Bauausschuss vom 23.10.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung
des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (38. Änderung des Flächenwidmungsplanes
Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (10. Änderung)
beschließen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 215/I.1 (Stadtteil Lichtenegg)
BZ-BauR-6008-2016
BZ-BauR-6009-2016

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorbesprechung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs-
und Bauausschuss vom 23.10.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend
Bebauungsplan Nr. 215/I.1 (Stadtteil Lichtenegg) beschließen.

GR. Wohlschlager: Wie einige von ihnen wissen, bin ich zugezogene Noitzmöhlerin. Die
uns vorliegenden Änderungen des Bebauungsplanes betreffen die Siedlung, in der ich
wohne. Deshalb ist es mir wichtig, einige Anmerkungen dazu zu machen. Ich habe mich
sehr gefreut, als das Grundstück Ecke Seidelbaststraße/Sanddornstraße kultiviert wurde.
Es wurde bereits seit einiger Zeit zum Verkauf angeboten. Dementsprechend war die
äußere Optik, d.h. das Grundstück war verwuchert und verwildert. Bereits im Frühjahr
dieses Jahres begannen die neuen Eigentümer Bäume und Sträucher zu schneiden.
Ebenso wurden erste Kontakte mit den Nachbarn geknüpft. Wenn auch auf etwas skurrile
Art und Weise, denn eine Birke, die entfernt werden sollte, fiel auf das Dach des
Nachbarhauses. Der Schadensfall wurde jedoch zum Wohle aller positiv und rasch
erledigt. Es steht somit einer weiteren positiven Nachbarschaft nichts im Wege.

Die Grundstücke der Familie Neuhuber haben mich anfangs etwas wehmütig werden lassen. Dort sind seit meiner frühesten Kindheit Kleingärten angesiedelt. Viele Pächter sind mir persönlich bekannt bzw. wurde das eine oder andere Gespräch geführt. Herr Neuhuber informierte mich persönlich, dass er die bestehenden Pachtverträge nicht mehr weiter verlängern wird und nach den zehn Jahren auslaufen lässt. Das ist schon gut ersichtlich, denn bis auf zwei, drei Kleingärten macht sich dort eine Wiese breit. Ich freue mich aber auch über den Zuzug neuer Bewohner der Noitzmühle, ob Familien oder Senioren.

Ich bin mir sicher, auch sie werden die vorhandene Infrastruktur, wie die Geschäfte, die Bank, die Trafik, die Apotheke, das Cafe und eventuell den Hausarzt oder die Physiopraxis nutzen und damit zu einem weiteren Aufschwung der Noitzmühle beitragen. Persönlich wünsche ich mir für unsere Siedlung noch ein Siedlungsfest. Ähnlich dem in der Schafwiesenstraße. Aber vielleicht lässt sich dieses Projekt noch irgendwann realisieren.

StR. Lehner: Die ersten Anreize sind geschaffen für ein Siedlungsfest. Es ist immer das Beste, wenn die neuen Nachbarn mit einem Fest begrüßt werden. Liebe Kollegin Wohlschlager, ich freue mich, dass diese Initiative gleich von dir ausgeht und du die neuen Nachbarn entsprechend begrüßen wirst.

Sechs Parzellen in diesem Bereich schließen eine Baulücke und das tut auch der Noitzmühle gut, dass es in diesem Stadtteil eine qualitative Bebauung gibt, um diesen noch attraktiver zu gestalten.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Kompensation der Mehrausgaben durch das Pflegeregressverbot
Verf-015-I-8-2017

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Bei diesem Tagesordnungspunkt handelt es sich um eine Resolution an die Oö. Landesregierung. Diese wird ersucht sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die den Ländern und Gemeinden durch das Pflegeregressverbot entstehenden Mehrausgaben bzw. Einnahmementfälle vollständig kompensiert werden. Der Nationalrat hat am 29. Juni 2017 mit breiter Mehrheit für eine Abschaffung des Pflegeregresses gestimmt. Ab Anfang kommenden Jahres ist es den Ländern untersagt auf das Vermögen von in stationären Pflegeeinrichtungen betreuten Personen zurückzugreifen. Diese Diskussion hatten wir auch schon bei der Diskussion des Sozialplanes, da nicht absehbar ist, wie sich das auswirkt. Der Bund sieht einen Kostenersatz für die Länder von ca. 100 Mio. Euro vor. Alleine Oberösterreich braucht in diesem Fall 70 Mio. Euro. Der Einnahmementfall und die möglichen Folgekosten wurden dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Als Vorsitzender der Landesgruppe Oberösterreich des Österreichischen Städtebundes gab Bürgermeister Klaus Luger bereits im Juli zu diesem Thema eine Stellungnahme ab. Auch die Stadt Wels beteiligte sich natürlich an diesem Thema. Das Land fordert bei der Landtagssitzung am 09.11.2017 mit einer Resolution eine vollständige Abgeltung der Mehrkosten durch den Bund. Um diesem einstimmigen Landtagsbeschluss nochmals Nachdruck zu verleihen, brachten wir heute diesen Dringlichkeitsantrag aller drei Parteien ein. Darin, lieber Stefan, besteht auch die Dringlichkeit.

StR. Reindl-Schwaighofer: Bei diesem Drei-Parteien-Antrag hätten sicher die anderen Parteien auch mitgemacht, wenn sie gefragt worden wären, aber das ist eine Frage der Zusammenarbeit. Der Vortrag der Referentin war mir etwas zu technisch. Hinter der Frage des Pflegeregresses und dessen Finanzierbarkeit stehen 40.000 zu pflegende Menschen, die mit einer kalten Enteignung konfrontiert sind, wenn die Pflegekosten von ihnen selbst bezahlt werden müssen. Es geht hier nicht nur um Zahlen, sondern um 40.000 Einzelschicksale, die mit der Abschaffung des Pflegeregresses hinten angestellt wurden.

Wir sollten diese Diskussion schon auf dieser Ebene führen und ich vermute, dass bei fast allen, die durch Eltern oder ältere Verwandte mit der Pflege konfrontiert sind, die Frage nach der Organisation der Pflege auftaucht. Die 24-Stunden-Pflege bzw. die Langzeitpflege nimmt an Umfang stark zu - das ist ein Thema in den Familien. Der Pflegeregress warf in der Vergangenheit in vielen Familien die Frage auf, wie das von ihnen dann finanziert wird? Das führte dazu, dass Menschen die benötigte Pflege gar nicht bekamen. Das sind Einzelschicksale, aber trotzdem ist es eine gesellschaftliche Aufgabe in diesem Bereich Aktionen zu setzen.

Die Abschaffung des Pflegeregresses ist an und für sich eine wunderbare, gute Maßnahme, die auch Generationengerechtigkeit hergestellt hat in der Frage, ob ich gesund oder krank, ob ich ein Pflegefall oder kein Pflegefall bin. Von der SPÖ-Fraktion gab es dazu einen Gegenfinanzierungsvorschlag mit der 1 Mio. Erbschafts- und Schenkungssteuer. Nach den Wahlen hat dieser Vorschlag nicht gewonnen, aber es soll jetzt nicht so getan werden, als ob es diesen nicht gab. Ich ersuche neben der Frage nach den Auswirkungen auf die Stadtfinanzen auch daran zu denken, dass hinter jedem einzelnen Fall Familien und Schicksale stehen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es ging nicht darum, den Pflegeregress zu hinterfragen, denn dabei handelt es sich um eine gute Sache und wir haben auch mitgestimmt. Es ist nur so, dass hier über die Länder und Gemeinden drübergefahren wird. Ich bin der Meinung, wenn ich im Bund etwas beschließe, muss ich mir zuerst überlegen, wie ich das Ganze finanziere. Es ist nicht eine Frage der Zusammenarbeit, sondern es war eine Frage der Zeit.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird
einstimmig angenommen.

Nach Durchführung der Bürgerfragestunde in der Zeit von 15.45 Uhr bis 15.50 Uhr, erklärt Bgm. Dr. Rabl die heutige Sitzung des Gemeinderates für geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 29.01.2018 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.